



An das Dekanat
der Fakultät für Informations- und
Kognitionswissenschaften
Sand 13
72076 Tübingen

Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren

Name:

Anschrift:

E-Mail:

Hiermit beantrage ich die Zulassung zum Promotionsverfahren an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Promotionsfach: ☐ Informatik ☐ Bioinformatik
☐ Psychologie ☐ Kognitionswissenschaft

Titel der Dissertation:

Betreuer:

Erstgutachter:

Zweitgutachter:

(Erstgutachter ist in der Regel der Betreuer. Als Gutachter können Professoren, Hochschul- oder Privatdozenten bestellt werden. Einer der Gutachter soll hauptberuflich an der Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften als Professor tätig sein.)

Unterlagen entsprechend der Checkliste sind beigelegt.

Datum, Unterschrift: : _____

Beigefügte Unterlagen:

- ☐ Etwaiger Bescheid über die Annahme als Doktorand;
- ☐ eine Darstellung des Lebens- und Bildungsgangs in deutscher Sprache;
- ☐ Nachweis der Hochschulreife (beglaubigte Kopie);
- ☐ Nachweis des erfolgreichen Abschlusses eines Studiengangs nach § 3 der Promotionsordnung (beglaubigte Kopie von Zeugnis und Urkunde);
- ☐ die Dissertation in Maschinschrift oder gedruckt in drei vollständigen Exemplaren (geheftet);
- ☐ eine Erklärung über etwaige bisherige, abgebrochene oder abgeschlossene, Promotionsverfahren oder entsprechende Prüfungsverfahren, denen sich der Bewerber unterzogen hat;*
- ☐ eine Erklärung dazu, ob die vorgelegte Dissertation schon ganz oder teilweise veröffentlicht worden ist, und ob sie schon einmal ganz oder teilweise als Dissertation oder sonstige Prüfungsarbeit eingereicht worden ist, ggf. wann und wo, in welchem Fach und mit welchem Ergebnis;*
- ☐ eine Erklärung, dass er die zur Promotion eingereichte Arbeit selbständig verfasst, nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und übernommene Zitate als solche gekennzeichnet hat;*
- ☐ eine Erklärung über strafrechtliche Verurteilungen, Disziplinarmaßnahmen und anhängige Straf- und Disziplinarverfahren, soweit die Auskunftspflicht nicht durch § 51 des Bundeszentralregistergesetzes ausgeschlossen ist;*

**diese Erklärungen können zusammengefasst auf einem Blatt erfolgen, mit Unterschrift*

- ☐ ein polizeiliches Führungszeugnis, das nicht älter als sechs Monate ist (wird in der Regel direkt ans Dekanat geschickt)